

Wie der Westen auszog, Afghanistan zu zivilisieren

Legitimationsmuster des Afghanistaneinsatzes zwischen 2001 und 2010

FARISA AL AHMAD, ZERRIN GÜNES, JELDRIK HANSCHKE, HANNAH MATERNE, HANNAH NEUMANN, KONSTANTIN ROSENBERGER, MIRIAM SCHELP UND CAROLIN STEHR

Demokratische Staatsordnungen bedürfen in der Öffentlichkeit einer Legitimation ihrer eigenen Herrschaft, um den Glauben an ihre Rechtmäßigkeit durchsetzen zu können. Da die Legitimität einer demokratischen Herrschaft an den Volkswillen gebunden ist, müssen sie ihr Handeln und die damit verbundene Legitimation fortwährend kommunizieren (Kirchhoff 2010: 41). Die Regierenden verfügen zwar gewissermaßen über Entscheidungsfreiheiten, müssen sich bzw. ihr Handeln gegenüber dem Volkssouverän jedoch kontinuierlich rechtfertigen (Heller 1970: 271). Die politische Herrschaft ist demzufolge sowohl begründungspflichtig als auch zustimmungsabhängig, was wiederum durch die politische Kommunikation in der Öffentlichkeit erreicht wird. Die Medien spielen für die Artikulation der Legitimation einer Herrschaft eine wichtige Rolle, da sie als intermediäre Institution zwischen dem politischen System und der Öffentlichkeit fungieren (Kirchhoff 2010: 50, siehe auch Neumann in diesem Band).

Dieses Wechselspiel wird im folgenden Beitrag anhand der Legitimation des Afghanistaneinsatzes dargestellt. Die Entscheidung, BundeswehrsoldatInnen nach Afghanistan zu entsenden, wurde innerhalb des politisch-administrativen Systems getroffen und muss gegenüber der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden. Diese Vermittlung erfolgt mittels Rahmungen (Frames). Der Afghanistaneinsatz

und der Einsatz von SoldatInnen wird auf eine Art und Weise begründet, die eine gewisse Bewertung impliziert. Fischers Äußerung „Nie wieder Auschwitz“ zeigt mit Bezug auf den Kosovo-Krieg, wie wirkmächtig derartige Rahmungen sein können. Mit seinem Ausspruch rahmte Fischer den Krieg als Massenmord und stellte eine direkte Verbindung zu den Kriegsgräueln im Zweiten Weltkrieg her, die insbesondere in Deutschland eine Ablehnung des Einsatzes nahezu unmöglich machten, obwohl der historische Verweis selbst unzulänglich war (Meder 1998: 201–210; Schwab-Trapp 2002). Ähnliche, wenngleich ein wenig subtilere Rahmungen, finden sich auch im Kontext der (De-)Legitimation des Afghanistaneinsatzes.

Der Diskurs zum Einsatz in Afghanistan begann kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Er entwickelte und veränderte sich nach und nach durch die Auseinandersetzung mit der Intervention. Der vorliegende Beitrag analysiert diese Entwicklung am Beispiel der Berichterstattung der SZ in den Jahren 2001 bis 2010. Die Arbeit steht damit im Kontext früherer Publikationen (siehe bspw. Liebl und Taheri 2001, Kassel 2004, Pohl 2005, Kassel und Klaus 2008, Maurer et. al 2008 und Kirchhoff 2010), geht aber an einigen Stellen über sie hinaus, weil er insbesondere nach Kontinuitäten und Brüchen der (De-)Legitimationsmuster sucht und die gefundenen Frames im Sinne der Heimatdiskursforschung in den sozialen und kulturellen Kontext der „Heimat“, also Deutschlands, einbettet. Die Ergebnisse beruhen auf einer qualitativen Framinganalyse von Kommentaren und Leitartikeln, die in besagtem Zeitraum in der SZ erschienen sind. Insgesamt wurden 137 Artikel untersucht. Es wurde induktiv ein Kategoriensystem entwickelt, einzelne Kategorien wurden zu Clustern verdichtet. Daraus entstand ein Konzept von fünf Frames, die durch zwei Vorannahmen strukturiert sind: die Rationalität des Westens und die Irrationalität des Gegners. Diese Dichotomie hat nicht nur weite Teile der Berichterstattung geprägt, sondern liegt auch dem folgenden Beitrag zu Grunde.

1 THEORIE UND METHODE

Die Ergebnisse beruhen auf mehreren konzeptionellen Vorarbeiten, die in dem folgenden Kapitel exemplifiziert werden. Unserer Arbeit liegt ein analytisch-pragmatisches Diskursverständnis zu Grunde (Kerchner 2006). Sie baut auf dem Legitimationsverständnis Habermas' auf (Habermas 1973) und setzt dieses in Bezug zu politikwissenschaftlichen Kriegslegitimationstheorien. Operationalisiert wird die Suche nach Legitimationsmustern im empirischen Material mit Hilfe

des Framingansatzes im Sinne der Pluralismusthese (nach D'Angelo 2010 und Reese 2010).

Diskursverständnis

Im Sinne des theoretischen Konzepts des Heimatdiskurses steht unsere Arbeit in der Tradition eines analytisch-pragmatischen Diskursverständnisses (Kerchner 2006). Diskurse sind demzufolge ein „Feld komplexer sprachlicher und symbolischer Interaktion, auf dem (politische) Akteure ihr Verständnis von Wirklichkeit sowie die Logik ihres Handelns generieren.“ (Kerchner 2006: 50). Für die Betrachtung von Diskursen ist unter Berücksichtigung der drei Dimensionen *Sprachgebrauch*, *Kognition* und *Interaktion* die Frage entscheidend, wie der Sprachgebrauch unser Denken und unser Handeln beeinflusst und umgekehrt (Dijk 1997: 1f.). Die Diskursanalyse betrachtet die Regeln und Strategien, unter denen das geschieht (ebd.: 32). Die diskursive Struktur ist dabei in einen sozialen und kulturellen Kontext eingebettet, den wir bei der Analyse berücksichtigen werden (ebd.).

Am Beispiel der Legitimation des Einsatzes zeigt sich dies bereits bei einer einfachen Betrachtung der AkteurInnen und Sichtweisen. Der Einsatz kann beispielsweise aus der Position des Nationalstaats Deutschland mit einer souveränen Außen- und Sicherheitspolitik legitimiert werden. Eine andere Position zur Intervention kann ein Angehöriger von in Afghanistan stationierten oder getöteten BundeswehrsoldatInnen einnehmen. Ferner kann die Intervention aus der Sichtweise heraus legitimiert werden, dass Deutschland in globale Bündnisse und Allianzen eingebunden ist und daher seiner Bündnisverpflichtung nachkommen sollte. Demnach verbirgt sich hinter jeder Position ein Subtext, der den Heimatdiskurs und damit die politischen Hintergründe von Entscheidungen und die Legitimation von Auslandseinsätzen beeinflusst. Die Aufgabe der Heimatdiskursforschung besteht darin, die Subtexte im Zusammenhang mit dem kulturellen Gedächtnis offen zu legen (Daxner 2008a: 7). Die Diskursanalyse, mit Hilfe derer das geschieht, ist als solche keine konkrete Methode, sondern umfasst unterschiedliche theoretische und methodologische Ansätze, darunter die Frame-Analyse, die hier für die Untersuchung des Heimatdiskurses herangezogen werden soll.

Der Legitimationsbegriff

Zur Vorbereitung auf die empirische Analyse ist es zunächst erforderlich, den Legitimationsbegriff theoretisch zu bestimmen, um auf ihm aufbauend verschie-

dene Legitimationsmuster in der deutschen Berichterstattung identifizieren zu können. Unserer Arbeit liegt der Legitimationsbegriff von Habermas zu Grunde, bei dem es darum geht, die Rechtfertigung bestimmter Handlungsweisen – im vorliegenden Fall den Einsatz deutschen Militärs in Afghanistan – zu gewährleisten. Habermas unterteilt den Legitimationsbegriff in drei unterschiedliche Kategorien: Empirisch, normativistisch und rekonstruktivistisch. Wir stützen uns auf den rekonstruktivistischen Legitimationsbegriff. Dieser bestimmt etwas als legitim, sobald es verallgemeinerbare Interessen repräsentiert. Eine einzelne Rechtfertigung nennt Habermas Legitimation. Jede Legitimation erhebt den normativen Geltungsanspruch, verallgemeinerbare Interessen zum Ausdruck zu bringen. Ob dieser Geltungsanspruch anerkannt wird und die Legitimation somit Gültigkeit erlangt, wird in einem Rechtfertigungssystem *ausgehandelt*. Wird sie als *gültig bewertet*, so werden die ihr zu Grunde liegenden Annahmen akzeptiert und vice versa (Habermas 1973: 294–299). Gehen wir zur Verdeutlichung zurück zu Fischers Satz „Nie wieder Auschwitz“. Die Verhinderung eines Völkermordes ist im Sinne auch, und ganz besonders, der deutschen Öffentlichkeit. Wir haben uns geschworen, dass nie wieder Krieg geführt werden oder herrschen soll. In der Abwägung zwischen diesen beiden Grundsätzen nimmt Fischer eine klare Wertung vor. Er schafft über einen negativen Zusammenhang nahezu einen Zwang, seinen Geltungsanspruch als gültig anzuerkennen. Wer seinem Ausspruch „Nie wieder Auschwitz“ widersprechen würde, würde im Umkehrschluss den Völkermord der Nazis bejahen. Eine qualifizierte Auseinandersetzung mit seinem Ausspruch – Qualifizierung der Vorkommnisse in Jugoslawien als etwas Anderes als Völkermord und eine gleichzeitige absolute Verneinung von Völkermord – fand in der öffentlichen Diskussion kaum statt.

Der Ausspruch Fischers steht damit in der Tradition politischer und politikwissenschaftlicher Debatten um die Legitimität von Kriegen und Interventionen, geführt in demokratischen Staaten im Allgemeinen und den USA im Besonderen. Hier lassen sich grob drei Legitimationsmuster unterscheiden (Küpeli 2007). Der NATO-Einsatz in Serbien (Kosovo, 1999) wurde durch die Argumentation einer *humanitären Katastrophe* legitimiert (Arte France 2005). Die Forderung nach der *Herstellung von Sicherheit* ist das zweite Legitimationsmuster der aktuellen Kriegs- und Interventionsdebatte. Synonyme für diese Legitimation sind beispielsweise der Präventionskrieg, wie er u.a. 2003 von den USA und Großbritannien gegen den Irak geführt wurde, und das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect; R2P). Als drittes Legitimationsmuster ist die These von den *Neuen Kriegen* zu erwähnen (Münkler 2006). Im Zuge dieser Kriege kam es zu Asymmetrisierung und Autonomisierung von Kriegen und damit zu einer Auflösung klassischer Grenzen: territorialer Grenzen, Unterschei-

dungen zwischen Krieg und Frieden, Freund und Feind, Kombattanten und Nichtkombattanten, legaler und illegaler Gewalt und zwischen Gewaltanwendung und Erwerbsleben (Münkler 2006: 284–303), die neue Formen der Kriegsführung, und mit ihnen die Intervention, rechtfertigen.

Framing

Die verschiedenen Legitimationsmuster in der deutschen Öffentlichkeit, die sich teilweise, aber bei Weitem nicht vollständig mit denen der politikwissenschaftlichen Diskussion decken, werden mit Hilfe einer Framinganalyse von Kommentaren und Leitartikeln in der SZ erfasst. Frames sind Deutungsrahmen, die spezifische Aspekte eines Themas betonen und so eine bestimmte Interpretation des Themas privilegieren (Scheufele 2003: 46). Sie setzen sich aus vier Dimensionen zusammen: einer *Problemdefinition*, einer *Ursachendiagnose*, einer *moralischen Bewertung* und einem *Lösungsvorschlag* bzw. einer Handlungsempfehlung (Entman 1993: 52).

Konkret fassen wir Frames im Sinne der pluralistischen Definition von Reese als „organizing principles that are socially shared and persistent over time, that work symbolically to meaningfully structure the social world“ (Reese 2010: 17). Diese Definition eignet sich besonders für eine legitimierungstheoretische Fragestellung, da sie aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive erlaubt, Rückschlüsse über das Zustandekommen kollektiv geteilter Entscheidungen zu ziehen. So verweist die Formulierung „socially shared“ auf einen gemeinsamen Sinnhorizont oder spezifischer auf ein geteiltes kulturelles Repertoire. Frames greifen auf Symbole aus diesem Repertoire zurück. Sie strukturieren demnach sinnstiftend die soziale Welt, weil sie in Form von Symbolen kollektiv verfügbares Wissen verwenden, bestehende Sinnangebote aktualisieren und neue unterbreiten. Es handelt sich um „structures of meaning made up of a number of concepts and the relations among these concepts“ (Hertog und McLeod 2001: 140). Eine Analyse in diesem Sinne bleibt nicht deskriptiv, sondern legt die Subtexte der Medien-Frames offen. Eben diese Offenlegung von Subtexten formuliert die Heimatdiskursforschung als ihre zentrale Aufgabe.

Ausgangsmaterial

Die Berichterstattung über den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan im Meinungsteil der SZ bildet die Grundgesamtheit unserer Untersuchung. Es wurden Leitartikel und Kommentare aus der Printausgabe analysiert. Bei der SZ handelt es sich um die auflagenstärkste überregionale Tageszeitung in Deutsch-

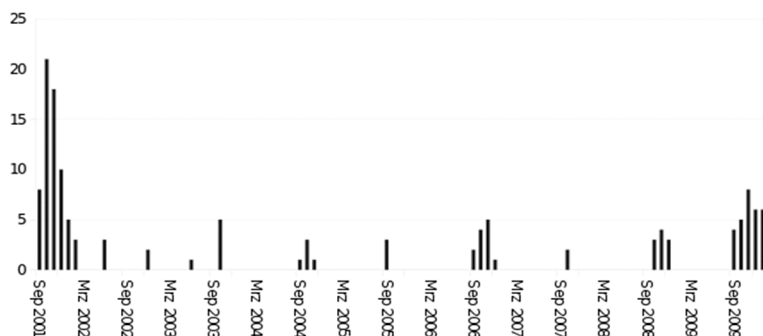
land.¹ Neben dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ gilt die SZ als bedeutendstes Orientierungsmedium für JournalistInnen (Weischenberg et al. 2006: 359). Dies lässt auf eine Multiplikator-Funktion der SZ schließen und einen – im Vergleich zu anderen Printmedien – relativ großen Einfluss auf den Heimatdiskurs vermuten. Zum anderen existieren bereits Untersuchungen zur Legitimation deutscher Auslandseinsätze, die sich ebenfalls auf Artikel aus der SZ beziehen (vgl. Maurer et al. 2008; Nachtigall 2010; Pohr 2005, siehe auch Herzog et al. in diesem Band). Aufgrund der ähnlichen Quellenbasis wird die Vergleichbarkeit mit den Forschungsergebnissen dieser Studien erhöht. Die Untersuchung von Leitartikeln und Kommentaren auf der Meinungsseite erwies sich für unsere Fragestellung als interessant, da sie als am stärksten normativ aufgeladene Artikeltypen von Tageszeitungen eingestuft werden. Somit lassen sich verdichtete und teilweise explizitere Darstellungen von Legitimationsmustern erwarten (Schrader 2006).

Der Erhebungszeitraum wurde auf die Zeit vom 11. September 2001 bis zum 31. Januar 2010 festgelegt. Aus forschungsökonomischen Gründen wurde die Analyse auf einzelne Zeitabschnitte innerhalb des Untersuchungszeitraums begrenzt. Jeweils ein längerer Abschnitt am Anfang und am Ende sowie regelmäßige Zeitabschnitte innerhalb des Untersuchungszeitraums ermöglichen eine Analyse der zeitlichen Entwicklung der Legitimationsmuster. Als Maßstab für die regelmäßigen zeitlichen Abschnitte wurden die Erteilung und Verlängerungen des Mandats durch den Deutschen Bundestag bestimmt. Dabei wurden zwei Wochen vor und zwei Wochen nach den insgesamt neun Mandatsverlängerungen im Untersuchungszeitraum einbezogen. Diese Langzeitperspektive wird durch die Untersuchung weiterer Critical Points² ergänzt. Die konkrete Materialauswahl innerhalb dieser Zeiträume erfolgte mittels einer Schlagwort-Suche³ im Ar-

-
- 1 Laut Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW).
 - 2 Critical Points sind im Rahmen unserer Forschung zu definieren als Ereignisse (politische, militärische, soziale o.ä.) innerhalb des Untersuchungszeitraumes, die eine entscheidende Wirkung auf den Heimatdiskurs hatten oder haben konnten, bei denen also eine erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung innerhalb des Legitimationsdiskurses angenommen werden kann. Die Critical Points wurden auf Basis des Forschungsstands bestimmt und sind die einzelnen Mandatsverlängerungen sowie der 11. September 2001, die Präsidentschaftswahlen 2004, die Totenkopffaffäre 2006, das Kunduz-Bombardement 2009 und die Afghanistankonferenz 2010.
 - 3 Die genutzten Schlagworte lauteten dabei: Afghan*, Kabul und Hindukusch, wobei die Suche nicht auf Groß- und Kleinschreibung achtet. Durch diese Schlagworte wur-

chiv der SZ. Die so ermittelten 137 Artikel bildeten die Grundlage der intensiven Analyse.

Abbildung 1: Anzahl der untersuchten Artikel nach Monaten (n=137)



Analyseschritte

Die Frameanalyse wurde in drei Analyseschritten durchgeführt. Das Material wurde mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010) ausgewertet. Im ersten Analyseschritt wurden die Artikel aus dem ersten Analysezeitraum (vom 11.9.2001 bis Jahresende 2001) mittels *zusammenfassender Kategorienbildung* analysiert. Diese Analystechnik zielt darauf ab, mittels Reduktion und Abstraktion ein gekürztes, aber dennoch repräsentatives „Abbild des Materials“ (Scheufler 2003: 119) zu schaffen. Für die Fragestellung relevante Textstellen wurden den vier Frame-Dimensionen zugeordnet,⁴ paraphrasiert, gebündelt und zu einem vorläufigen Frame-System zusammengefasst. Um den Einfluss subjektiver Interpretationen bei der Kodierung der Textstellen zu reduzieren und ein möglichst einheitliches, intersubjektiv nachvollziehbares und transparentes Vorgehen zu ermöglichen, wurden ausgewählte Fälle in der Arbeitsgruppe gemeinsam diskutiert.

Im zweiten Analyseschritt wurde das gesamte Untersuchungsmaterial für das vorläufige Frame-System kodiert. Hierbei kam die Analysetechnik der inhaltlichen Strukturierung zur Anwendung. Das Frame-System wurde im Laufe des

den alle möglichen Ableitungen und Konjunktionen von Afghanistan, afghanisch etc. sowie die Benennung über die Hauptstadt oder die geografische Region erfasst.

4 Dabei kam es auch vor, dass eine Textstelle mehreren Dimensionen zugeordnet wurde.

Analyseprozesses evaluiert und mittels zusammenfassender Kategorienbildung induktiv angepasst und ergänzt.

Am Ende dieses Analyseschritts stand ein aus fünf Frames bestehendes System. Diese Frames wurden in einem abschließenden Analyseschritt anhand von Leitfragen auf ihre Subtexte hin analysiert: Wer hat was, wann, wie und weshalb gesagt? Welche Begriffe, sprachlichen Mittel und Symbole treten gehäuft auf? Welche Vorannahmen und Konzepte liegen einer Argumentation zugrunde? Welche Assoziationen werden geweckt? Die Antworten auf diese Fragen werden im folgenden Kapitel exemplarisch und verdichtet dargestellt.

2 ERGEBNISSE

Auf der Grundlage der Framinganalyse wurden fünf Frames identifiziert: (1) „Krieg gegen den Terror – Verteidigung des Westens“, (2) „Übernahme von Verantwortung aufgrund Deutschlands weltpolitischer Rolle“, (3) „Militärische und entwicklungspolitische Verantwortung in und für Afghanistan“, (4) „Sauberer Krieg“, und (5) „Begründungspflichtigkeit der Außenpolitik“. Die Unterscheidungen sind vor allem analytische. Überschneidungen und Überlappungen der Frames fanden sich im empirischen Material häufig. Dennoch ist die analytische Unterscheidung notwendig, um der Berichterstattung zugrunde liegende Vorstellungs- und Begründungszusammenhänge verstehen und einordnen zu können.

Bei der Auswertung der codierten Textstellen wurde deutlich, dass alle vorgebrachten Argumente und Positionen implizit oder explizit von einer grundsätzlichen Vorannahme gestützt werden: Die eigene Gruppe (Ingroup), meist synonym mit ‚dem Westen‘, handle rational, während das gegnerische Gegenüber (Outgroup) – Terror-Gruppen, Taleban, Warlords – sich irrational⁵ verhalte. Diese Grundannahme wird als absolut gesetzt und gilt als nicht hinterfragbar oder verhandelbar (siehe auch Aljets et al. und Herzog et al. in diesem Band). Sie wird vielfach über die Konstruktion von Feindbildern verwirklicht, welche die Outgroup als irrationalen, bössartigen Gegner charakterisieren (vgl. Claussen 1990). Die Legitimation des Einsatzes wird, unabhängig von weiteren Begründungsmustern, dadurch erhöht, dass die Outgroup entpersonalisiert und als Bedrohung westlich-auflärerischer Werte dargestellt wird. Die Rezipienten empfinden keine Sympathie und entwickeln sogar den Eindruck, sich selbst vor dieser Gruppe schützen zu müssen. Mit der negativen Beschreibung der Outgroup

5 Wir beziehen uns hier auf ein Verständnis von Rationalität im Sinne von „vernünftig“ oder im Einklang mit dem „common sense“.

wird zugleich eine Aussage über die Ingroup getroffen: In der Verurteilung der Irrationalität und Immoralität des Gegners spiegelt sich das Selbstverständnis der Ingroup als rational und ethisch handelnder Akteur. In der SZ waren vor allem die Feindbilder *Terror*, *Osama Bin Laden*, *Islamismus* und *Taleban* präsent, die im Folgenden anhand ausgewählter Textstellen kurz veranschaulicht werden.

In den ersten Monaten nach dem 11. September 2001 werden die Gegner, gegen die sich eine militärische Intervention richten soll, vielfach mit *Terror* und *Terro-rismus* in Verbindung gesetzt. *Terror* wird im Material oft personifiziert, als Ungeheuer dargestellt und durch eine gewalttätige, destruktive und emotionale Handlungslogik charakterisiert:

„Erst wenn der Terror-Hass erdrückt wurde durch demokratische Macht, lässt sich über die nächsten Schritte nachdenken, damit der aus Fanatismus und Zerstörungswut [sic!] gespeisten Hydra nicht neue Köpfe wachsen.“ (Kornelius 2001a)

Der Terror wird hier mit dem neunköpfigen Schlangenwesen Hydra verglichen, die die landwirtschaftliche Lebensgrundlage der sie umgebenden Menschen zerstörte und Angst und Schrecken verbreitete. Im Umkehrschluss wird die „demokratische Macht“ (ebd.) mit dem altgriechischen Helden Herakles identifiziert, der die Aufgabe übertragen bekam, die Hydra zu erlegen. Herakles' Versuch, die einzelnen Köpfe der Hydra abzuschlagen, erwies sich als erfolglos, da für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue nachwuchsen. Schließlich besiegte Herakles die Hydra, indem er ihre Köpfe ausbrannte und ihr auf diese Weise die Möglichkeit zur Erholung nahm. Er konnte so zu ihrem einen, unsterblichen Kopf vordringen und sie enthaupten (Abenstein 2007: 175).⁶

Unter Rückgriff auf die im kulturellen Gedächtnis verankerte griechische Mythologie wird das Regime in Afghanistan so als ein Kopf des Ungeheuers Terror inszeniert, der effektiv – in diesem Kontext gleichbedeutend mit militärisch – bekämpft werden muss, um zur Wurzel des Übels vordringen und es beseitigen zu können. Die Identifikation der Ingroup mit Herakles rahmt die eigene militärische Gewaltanwendung als heroischen Kampf gegen das Ungeheuer. Die Outgroup wird im gleichen Zug dämonisiert. Ihre Gewaltlogik ist „heimtückisch und hinterhältig“ (Kornelius 2001j), durch „Hass“, „Fanatismus“ und „Zerstörungswut“ (ebd.) getragen und wird so mit Blindwütigkeit und Irrationalität kon-

6 Die Geschichte geht hier in der Mythologie weiter. Nicht Herakles, sondern der listenreiche Odysseus wird zum mythischen Vorbild der Moderne (siehe Weiss 1975, 1978 und 1981).

notiert. Der Einsatz militärischer Mittel ist notwendig, „weil die Anführer und Ausführer des Terrors zunächst nur die Sprache der Gewalt verstehen.“ (Kornelius 2001a) Vernünftiger Verhandlung sind sie nicht zugänglich (vgl. auch Kornelius 2001j). Die eigentliche Verantwortung für eine militärische Intervention liegt somit beim Gegner; die Ingroup wendet Gewalt lediglich als letztes Mittel an.

Zum verantwortlichen Gesicht des Terrors wurde in den ersten Monaten nach 9/11 *Osama bin Laden*: „Dieser Mann liebt seine Terror-Tat und er will mehr davon.“ (Kornelius 2001b) Bin Laden wird hier eine irrationale Leidenschaft für Gewalttätigkeit und Grausamkeit zugeschrieben:

„Nein, dieser bin Laden unterdrückt selbst, er steht für ein terroristischtheokratisches Herrschaftssystem, das wie Saddam Hussein nicht vor dem Einsatz von Giftgas zurückschrecken würde, und das wie selbstverständlich foltert und knechtet.“ (Kornelius 2001b)

Die Verknüpfung zwischen Osama bin Laden und den Giftgasangriffen Saddam Husseins auf die kurdische Bevölkerung im irakischen Halabdscha 1988 ruft Bilder von toten Kindern und Frauen – Gruppen, die als besonders verwundbar gelten – auf. Durch diese Konstruktion wird die militärische Intervention nicht als ein willkürlicher Gewaltakt wahrgenommen, sondern als notwendige humanitäre Intervention, welche der Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung entgegentritt: „Bin Laden und seine Leute haben in ihrer Vernichtungsphilosophie ausreichend Belege geliefert, die den Einsatz des Militärs rechtfertigen.“ (Kornelius 2001b)

Islamismus wird im Material oft als gewalttätig und rückständig konstruiert. Er wird im Diskurs eng mit Terror verknüpft, insbesondere im Jahr 2001. Die folgenden Beispiele verdeutlichen diese durchweg negative Konnotation, wobei nicht immer zwischen Islam und Islamismus differenziert wird: „Glaubenskämpfer“ (Münch 2001j), „Radikalisierung der islamischen Welt“ (Kornelius 2001d), „islamistische[r] Terrorismus“ (Prantl 2001b; Münch 2001d), „islamistische[r] Terror“ (Prantl 2001a), „Korankrieger“ (Münch 2001h), „islamistische[r] Fanatismus“ (Prantl 2001d). Hierbei ist auffällig, dass die Feindbildkonstruktion sich nicht nur auf eine bestimmte Gruppe in Afghanistan konzentriert, sondern pauschalisierend auf die gesamte Religion projiziert wird, ihr Rückständigkeit zuschreibt und darüber vom Christentum und „dem Westen“ abgrenzt. Während das Christentum Gewalt als Mittel hinter sich gelassen habe, sei die „Gewalttätigkeit des Islam“ (Prantl 2001d) Gegenwart. Die christliche Religion, die in den

Gesellschaften der Intervenierenden dominant ist, wird somit in der Moderne verortet. Der Islam befindet sich jedoch weiterhin im Mittelalter und agiert dogmatisch gegen säkulare, aufklärerisch-liberale Werte, die das Selbstverständnis der Ingroup prägen:

„Es geht den Islamisten um den Versuch einer Zeitverschiebung – zurück in die Zeit vor der Aufklärung (...). Gegen Gottes Wort gibt es keinen Protest, da werden Redefreiheit, Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, da wird die Ausübung von Grundrechten zur Blasphemie.“ (Prantl 2001d)

Das Feindbild *Taleban* wird in der SZ über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg aufgebaut und stabilisiert. Zu Beginn geschieht dies insbesondere unter Rückgriff auf die Kategorien *Islam*, *Terror* und *bin Laden*. Der Begriff Taleban war vor 9/11 relativ unbekannt, wurde aber rasch mit Inhalten wie „ultrafundamentalistischen Taliban“ (Avenarius 2001b) und der Gefahr, „dass die Taliban bald ganz Afghanistan kontrollieren.“ (ebd.), besetzt. Damit besteht die Notwendigkeit einer Intervention auch darin, der von den Taleban ausgehenden Gefahr entgegenzuwirken. Innerhalb kürzester Zeit stehen die „weltfremden Korkrieger [...] plötzlich im Mittelpunkt des Weltinteresses“ (Münch 2001j). Bereits der Titel des zitierten Artikels „Steinzeit versus Mikrochip“ (ebd.) verdeutlicht die Dichotomie und vor allem Asymmetrie zwischen „Steinzeit-Fundamentalisten“ (Bleeschmidt 2007) und „uns“, zwischen Rückständigkeit und Fortschritt, denn wenn „Regionalherrscher, Stämme und die Taliban [...] mit allem, was verletzt und tötet, um die Macht kämpfen“ (Kornelius 2009e), ist die Dichotomie zwischen Barbarei und Zivilisation vollends geschaffen.

So entwickelt sich das grundlegende Argument der irrational handelnden Taleban, Terror-Gruppen oder Warlords als unhinterfragbar. Die skizzierte Dichotomie liegt weiten Teilen der Berichterstattung zwischen 2001 und 2010 zu Grunde. Sie durchzieht alle weiteren Frames, wird gegen Ende des Untersuchungszeitraums aber auch argumentativ als Delegitimation des Einsatzes verwendet: verkürzt, wenn den Afghanen nicht zu helfen ist, wofür sterben dann unsere SoldatInnen. Auf der Basis dieses Axioms werden nun die einzelnen Frames entlang der Bestandteile „Problemdefinition“, „Ursachendefinition“, „Moralische Bewertung“ und „Lösungsvorschlag“ (siehe Entman 1993) dargestellt.

Krieg gegen den Terror – Verteidigung des Westens

<i>Problemdefinition</i>	Mit den Anschlägen auf World Trade Center und Pentagon am 11. September 2001 sind die USA Opfer terroristischer Kriegshandlungen geworden. Sie und die gesamte westliche Welt sind durch Terrorismus bedroht.
<i>Ursachendiagnose</i>	Terroristen allgemein und das afghanische Taliban-Regime im Besonderen verstehen die westliche Welt als Feind, der mit allen Mitteln bekämpft wird.
<i>Moralische Bewertung</i>	Der zivilisierten westlichen Gesellschaft steht ein aggressives, menschenverachtendes Terrorregime gegenüber.
<i>Lösungsvorschlag</i>	Der Westen muss sich gegen die terroristische Bedrohung verteidigen und weiteren Anschlägen vorbeugen. Die militärisch gestützte Intervention ist dafür ein legitimes Mittel.

Die Anschläge vom 11. September 2001 werden als „terroristische Kriegshandlung“ (Münch 2001c) beschrieben. Dabei kommt es zu einer Verknüpfung der Konzepte des Terrorismus und des Krieges zum „Terrorkrieg“ (Kornelius 2001a). Als Angegriffene in diesem „Krieg“ werden die USA betrachtet. Teilweise wird dies zusätzlich auf abstrakte Konstrukte wie die „mit der westlichen Welt assoziierte (...) liberale (...) Gesellschaft“ (Kornelius 2001c) erweitert. Die Verknüpfung von Terror und Krieg wurde kurze Zeit später zum „Krieg gegen den Terror“ gewendet. Von Beginn des Untersuchungszeitraumes an ist eine militärische Reaktion Gegenstand der untersuchten Artikel der SZ. Dabei wird für die grundsätzliche Legitimität und Notwendigkeit einer solchen argumentiert. In den ersten Tagen herrschte eine breite Heterogenität an Motiven hinsichtlich der Rechtfertigung einer (auch) militärischen Reaktion. Analytisch lassen sich drei Motive unterscheiden: die Vergeltung, die Verteidigung in einem bestehenden „Krieg“ und die Prävention gegen weitere Anschläge. Diese werden im Folgenden genauer beleuchtet.

Die Idee der „Vergeltung“ ist insbesondere in den ersten Tagen nach den Anschlägen ein zentrales Motiv. So heißt es in der SZ vom 13. September: „Selbst der mehr oder minder gezügelte Verstand fordert im Anblick der Tragödie Vergeltung.“ (Kornelius 2001a) Von diesem stark emotional aufgeladenen Motiv wird jedoch bereits in den folgenden Tagen schrittweise Abstand genommen. So schreibt die SZ in einem Leitartikel vom 19. September 2001: „Größte Sorge der zivilisierten Welt sollte nicht Vergeltung für den 11. September sein, sondern Verhinderung künftiger Anschläge.“ (Ulrich 2001a, siehe auch Kornelius 2001a)

Für kurze Zeit bedeutender als das Motiv der Vergeltung wird die Idee der „Verteidigung“, die auch „als militärischer Angriff geführt“ (Ulrich 2001a) werden könnte. Die Anschläge werden nicht als singuläres Ereignis betrachtet, sondern als Beginn eines fortdauernden Krieges. In diesem bestehe – wahlweise für die USA (Kornelius 2001f) oder für die gesamte „zivilisierte Welt“ (Münch 2001b) – das legitime Recht auf Selbstverteidigung. So schreibt die SZ am 8. Oktober 2001, dass „der Militärschlag gegen die Taliban [...] ein Angriff zur Verteidigung der zivilisierten Welt gegen den Terror [sei]“ (Münch 2001b).

Für längere Zeit als tragfähig erwiesen hat sich das dritte Legitimationsmuster: die Prävention. Es gehe um die „Verhinderung künftiger Anschläge“ (Ulrich 2001a). Dies ist von der Verteidigung nicht immer trennscharf zu unterscheiden. Der zentrale Unterschied zu diesem Legitimationsmuster ist, dass Prävention keinen permanent gedachten Kriegszustand voraussetzt. Die Idee der Prävention ist von Beginn an mit den beiden vorher genannten Motiven eng verschränkt. Ein plakatives Beispiel bringt ein Leitartikel vom 8. Oktober 2001, welcher mit „Angriff zur Verteidigung“ betitelt ist. Im letzten Absatz heißt es: „Der Kampf gegen den Terror mit militärischen Mitteln muss aus Gründen der Prävention geführt werden.“ (Münch 2001b)

Die Frage, die hinter der Debatte um Vergeltung, Verteidigung oder Prävention als gültige Legitimation steht, ist die um die völkerrechtliche Grundlage einer Intervention in einen souveränen Staat. Auf die Verknüpfung dieser beiden Ebenen wird jedoch wenig eingegangen. Einige Artikel thematisieren vor Kriegsbeginn die Frage, ob eine militärische Intervention ein erfolgversprechendes Mittel sei. Dabei wird problematisiert, welche Rolle andere Mittel, wie Diplomatie oder Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, spielen könnten und ob ihre Erfolgsaussichten nicht größer seien (Kornelius 2001b). Ebenso wird diskutiert, in welcher Form die militärische Intervention stattfinden müsse, um den Terrorismus erfolgreich bekämpfen zu können und die Bedrohung des Westens nicht zu erhöhen (Chimelli 2001; Prantl 2001a). Auffällig ist, dass der hier behandelte Frame frühzeitig an die Menschenrechtsthematik anknüpft, um die Legitimität eines präventiven Militärschlags zu stützen. So heißt es bereits am 15. Oktober 2001: „Festzuhalten ist jedoch, dass in Afghanistan [...] kein Krieg gegen das Volk, sondern gegen das menschenverachtende Taliban-Regime und die Terrorkrake al-Qaida geführt wird.“ (Münch 2001d)

Ab 2003 wird der Kampf gegen den Terror als Bedrohung des Westens grundsätzlich nur noch bei gleichzeitiger Benennung der Verantwortung für die afghanische Bevölkerung thematisiert. Dies zeigt die abnehmende Bedeutung dieses Frames für den gesamten Diskurs. Wenn die militärische Bekämpfung des Terrors benannt wird, steht dieser einer positiv konnotierten Friedenssicherung

gegenüber. Ersterem wird der amerikanische Einsatz, letzterem die deutsche Bundeswehr zugeordnet. Die Argumentation greift dabei auf die institutionalisierte Aufgabentrennung in ISAF und *Operation Enduring Freedom* (OEF) zurück: Auf der einen Seite stehen die „friedenssichernden Bundeswehrsoldaten mit Isaf-Mandat“, auf der anderen die „Terroristenjäger der US-Armee“ (Blechschmidt 2005; vgl. auch Münch 2003, 2004b; siehe auch Robotham und Röder in diesem Band)

Militärische und entwicklungspolitische Verantwortung in und für Afghanistan

<i>Problemdefinition</i>	Die Sicherheitslage in Afghanistan ist dauerhaft instabil.
<i>Ursachendiagnose</i>	Konkurrierende Interessensgruppen und gesellschaftliche Praktiken in Afghanistan sowie die Rückkehr der Taleban erschweren den Aufbau einer stabilen Nachkriegsordnung. Deutschland hat sich nicht ausreichend engagiert, um dem entgegenzuwirken.
<i>Moralische Bewertung</i>	Afghanistan ist hilfsbedürftig. Eingeschränktes Engagement und Truppenabzug lassen die Bevölkerung im Stich.
<i>Lösungsvorschlag</i>	Deutschland steht in der Verantwortung, menschliche, gesellschaftliche und staatliche Sicherheit in Afghanistan zu gewährleisten. Der Bundeswehr-Einsatz ist hierfür ein legitimes Mittel.

Im Januar 2010 legte die Bundesregierung ein Konzeptpapier zum weiteren deutschen Engagement in Afghanistan nach der Afghanistan-Konferenz von London vor. Darin heißt es: „Mit Beginn seines Engagements für Afghanistan hat Deutschland 2001 Verantwortung gegenüber all den Afghaninnen und Afghanen übernommen, die kein Zurück zu den Schrecken der Taliban-Herrschaft mehr wollen.“ (Die Bundesregierung 2010: 1) Der Begriff der Verantwortung hat in diesem Kontext viele Facetten, die es im Rahmen der Analyse zu konkretisieren gilt. Grundsätzlich sind dabei zwei Dimensionen zu erkennen: Die militärische und die entwicklungspolitische Verantwortung.

Im Verantwortungs-Frame der SZ dient die fragile Sicherheitslage in Afghanistan als Hauptlegitimationsmuster für eine Intervention von 2001 bis 2010. Zu Beginn hat zwar das Ende der Taleban-Herrschaft oberste Priorität, gleichzeitig werden aber Schwierigkeiten für die Installation einer stabilen Nachkriegsordnung wahrgenommen. Als Mittel ihrer Unterstützung werden vornehmlich die

räumliche Ausweitung der Stationierung sowie die Erhöhung des Truppenkontingents diskutiert. Die Charakterisierung des deutschen Militärs als friedensstiftende Entwicklungshilfe gegenüber der auf die Liquidation und „das Grobe“ spezialisierten US-Armee taucht während des gesamten Untersuchungszeitraums immer wieder auf. „Je mehr Afghanen den Nutzen der fremden Hilfe schätzen lernen, desto mehr lernen sie auch zu unterscheiden.“ (Blechschmidt 2005) Die Differenz zwischen einem „friedenssichernden Bundeswehrsoldaten mit Isaf-Mandat und einem Terroristenjäger der US-Armee“ (Blechschmidt 2005) soll aufrecht erhalten bleiben. Insbesondere bei der Bundeswehr lässt sich eine Erweiterung der Aufgabenbereiche über traditionell militärische hin zu quasi polizeilichen Tätigkeiten feststellen: Sie sind nicht vornehmlich für Kriegshandlungen vorgesehen, sondern für die Durchsetzung einer stabilen, bürgerlichen Rechtsordnung. In den Jahren 2004 und 2005 konstatiert der Autor Klüver, das deutsche Militär habe wichtige Beiträge in Afghanistan geleistet, indem es die Gewalt eingedämmt habe und die Entstehung „zarte[r] Ansätze bürgerlichen Lebens“ (Klüver 2004) beförderte. Die BundeswehrsoldatInnen seien vorbildlich entwicklungspolitisch tätig, allerdings könnten sie nicht nur „bewaffnete Entwicklungshelfer“ (Klüver 2004) bleiben, sondern müssten auch im Kampf ihre Beteiligung zeigen (siehe auch Herzog et al. in diesem Band). Grundsätzlich wird jederzeit ein notwendiger Zusammenhang zwischen dem militärischen und dem zivilen (Wieder-)Aufbau angenommen. „Wenn es der Nato nicht schnell gelingt, das Zivile und das Militärische so zusammenzubinden, dass die Afghanen wirkliche Hoffnung schöpfen können, dann wird Afghanistan zum Irak der Nordatlantischen Allianz.“ (Winter 2006a)

Ab 2002 wird die Situation im Land durchgehend als negativ eingeschätzt. Eine Ausnahme bilden die Präsidentschaftswahlen von 2004, die zum Teil zu positiven Zukunftsperspektiven verleiten. Die in Afghanistan wahrgenommenen Probleme lassen sich in zwei Gruppen unterteilen: Zum einen von Afghanistan unabhängige Probleme wie etwa die unterschiedlichen Interessen der Intervenie- renden, die Wahl der richtigen Taktik oder die mangelnde Vermittlung des als richtig bewerteten Einsatzes gegenüber der deutschen Bevölkerung. Zum anderen gibt es zahlreiche Schwierigkeiten in Afghanistan, die aber vornehmlich von den afghanischen AkteurInnen selbst verursacht würden: Gewalt gegen Frauen, Korruption, Drogenhandel etc. Ebenfalls wird die Multi-Ethnizität Afghanistans als Erklärung für die Schwierigkeiten beim Aufbau eines bürgerlichen Nationalstaates angeführt. Im Falle der Wahlen 2009 personalisiert sich die Kritik stark auf Präsident Karsai. „Wieso schlagen wir uns für ein durch und durch korruptes Regime, das selbst keinen Finger zu rühren scheint für Wohlstand und Wohlergehen seines eigenen Volkes?“ (Koydl 2009) Der Fehler des sogenannten Wes-

tens bestehe darin, den Präsidenten zu sehr unterstützt zu haben (Matern 2009). Die Intervenierenden tragen an der Situation lediglich dahingehend eine Mitschuld, dass sie Afghanistan nicht ihr volles Engagement gewidmet haben. Wenn die Intervention überhaupt explizit begründet wird, dann mit einer eher abstrakten Verantwortung für die „leidende afghanische Zivilbevölkerung [...], denen eine Zukunft ohne Minenfelder, Drogenschmuggel und Gewalt gegen Frauen“ (Bork 2002) ermöglicht werden sollte.

Im Jahr 2003 tritt in der SZ erstmals explizit die militärische Verantwortung Deutschlands als Legitimationsmuster für die Intervention in Afghanistan auf. Beispielsweise heißt es im Oktober 2003, dass „die Bundesregierung [...] militärisch Verantwortung übernehmen [müsse]“. (Klüver 2003) Die Pflicht Deutschlands zur Intervention wiederholt sich unter dem Schlagwort der Verantwortung im Jahr 2007. Auf die Frage, weshalb Deutschland SoldatInnen nach Afghanistan schicke, lautet 2007 die Antwort in der SZ: „Es trägt Verantwortung in einer ziemlich unglücklichen Welt.“ (Bleichschmidt 2007) Ein baldiger Abzug der Truppen aus Afghanistan wird während des gesamten Untersuchungszeitraumes abgelehnt. Einem vorzeitigem Abzug erteilt Münch eine klare Absage: Die Bundesregierung müsse sich „tatsächlich noch mehr und vor allem klarer einlassen auf Afghanistan. Das erfordert Kraft und einen langen Atem, ist aber der einzige Weg – außer dem kopf- und verantwortungslosen Rückzug – der wieder aus dem Hindukusch heraus führt.“ (Münch 2005)

Auffällig ist, dass in den Jahren 2006, 2007 und 2008 Warnungen vor einem verfrühten Abzug vermehrt auftreten und offen bei der deutschen Bevölkerung für Rückhalt zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr geworben wird. Der „Wiederaufbau verläuft dermaßen schleppend, dass nicht einmal in der Hauptstadt Kabul der Strom fließt. In den Provinzen regiert ohnehin die Finsternis.“ (Münch 2006a) Gerade weil die deutsche Beteiligung Wesentliches für den Wiederaufbau geleistet habe, könne sie sich den internationalen Verpflichtungen nicht länger entziehen (Münch 2006a).

Ab 2006 wird eingeräumt, dass die Taleban als machtvoller Akteur zurückgekehrt sind. Zwar war die Bedrohung durch die Taleban bereits in den Jahren zuvor immer wieder Thema, aber die Berichterstattung stufte die Gefahr für die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung und der Intervenierenden von 2002 bis Herbst 2006 als gering ein. Folglich führt dies im Jahr 2010 zu der ambivalenten Feststellung, dass ein endgültiger Sieg über die Taleban nicht möglich sei, die Intervention aber grundsätzlich positive Wirkungen für die Zivilbevölkerung gezeigt habe. Trotz Truppenerhöhungen müsse sich damit abgefunden werden, dass ein Sieg über den Gegner – die Taleban als ein Hauptfokus zu Beginn der Intervention – nicht möglich sei und sie von der afghanischen Regierung einge-

bunden werden müssten (Kornelius 2010a). Nichtsdestotrotz ist für Kornelius hinsichtlich eines Abzugs ein eindeutiges Fazit zu ziehen, denn für die „Afghanen, die seit 2001 ein besseres und friedlicheres Leben führen können als zuvor“ (Kornelius 2010b), wäre ein Abzug eine Katastrophe. „Und das sind nicht wenige.“ (Kornelius 2010b)

Sauberer Krieg

<i>Problemdefinition</i>	In Kriegen und militärisch gestützten Interventionen sterben auch Zivilisten.
<i>Ursachendiagnose</i>	Militärische Auseinandersetzungen werden mit Gewalt geführt.
<i>Moralische Bewertung</i>	Zivile Opfer sind bedauerlich, müssen aber bei der Bekämpfung tyrannischer Herrschaft in Kauf genommen werden.
<i>Lösungsvorschlag</i>	Präzisionsschläge ermöglichen es, nur ausgewählte Ziele zu treffen und Opfer unter Zivilisten zu begrenzen. Sie sind daher ein legitimes Mittel im Rahmen einer militärisch gestützten Intervention.

In der SZ vom 9. Oktober 2001 zeichnet Kornelius das Bild eines *Sauberen Krieges* in Afghanistan: saubere Militärschläge werden als sinnvolles Mittel verteidigt, da sie „den Tyrannen und nicht den Tyrannisierten gelten.“ (Kornelius 2001b) So wird das Bild vermittelt, dass die Unterdrückten von der illegitimen Gewaltherrschaft befreit werden, ohne selbst Angst vor einer Kriegssituation haben zu müssen. Trotzdem auftretende zivile Opfer im Rahmen der Luftschläge werden als „ungewollt und unglücklicherweise“ (Kornelius 2001j) dargestellt. Tote ZivilistInnen dürfen laut Kornelius nicht auf Basis des Einzelfalls bewertet werden: „Die Luftangriffe aber müssen in einem größeren Zusammenhang betrachtet werden, als Teil eines auf lange Zeit angelegten politischen Plans, für den der Einsatz des Militärs nur ein erster, möglichst kurzer Schritt sein darf.“ (Kornelius 2001j) Demnach wird das Sterben Unschuldiger mit einem „höheren Ziel“ und einem „politischen Plan“ (Kornelius 2001b) gerechtfertigt. Da es nur einer ersten, kurzen Etappe der Intervention zugeordnet wird, widerlegt es die Idee eines sauberen Krieges nicht.

Im Kontext der Debatte um einen sauberen Krieg, ist die Verwendung medizinischer Metaphern auffällig. Die Bezeichnung der Luftschläge als „chirurgische[...] Angriffe“ (Münch 2001d) und „Mittel zur Bekämpfung“ (Prantl 2001c) weckt Assoziationen zur medizinischen Behandlung einer Krankheit. Hier wer-

den zwei Subtexte offenkundig: Zum einen werden die Intervenierenden als Arzt konstruiert, welcher die Aufgabe hat, den vom Terrorismus befallenen Patienten – Afghanistan – zu heilen; zum anderen tritt die Einschätzung der Intervenierenden als durch eine Seuche – den Terrorismus – Bedrohte zu Tage.

Bereits Mitte Oktober desselben Jahres fordern jedoch kritische Stimmen das Framing der Afghanistan-Intervention als sauberen Krieg heraus, denn „immer wieder verfehlen die Bomben ihr Ziel, treffen Flüchtlingszüge statt Militärkonvois wie im Kosovo oder ein Wohnhaus statt einer Taliban-Stellung wie nun in Afghanistan.“ (Münch 2001d; vgl. auch Prantl 2001c) Markant ist jedoch, dass erst mit den ersten toten Bundeswehrsoldaten im Frühling 2003 eine breite Auseinandersetzung mit den unabwendbaren Verlusten einsetzt, die ein Krieg mit sich bringt. Der Tod von Kameraden werde innerhalb der betroffenen „Truppe als zutiefst verstörendes Ereignis, auf das man nicht vorbereitet war“ (Käppner 2003), empfunden. Es wird jedoch betont, dass im sogenannten Kampf für das Gute die Bereitschaft notwendig sei, „auch künftig Opfer unter deutschen Soldaten und zivilen Helfern zu ertragen“ (Blechschmidt 2007). Im September 2009 berichtet Kornelius von der „Natur eines Guerilla-Krieges“, in welcher es liege, „den Tod von Zivilisten billigend in Kauf [zu] nehmen“ (Kornelius 2009b). Die Begriffswahl „Guerilla-Krieg“ verhält sich konträr zum Vorangegangenen, da den RezipientInnen das Bild vermittelt wird, es handle sich nicht um einen sauberen und kalkulierbaren Krieg.

Im Oktober 2006 verändert sich das Bild der sauberen und humanitären BundeswehrsoldatInnen kurzzeitig. Fotos von deutschen Soldaten, welche mit Totenschädeln posierten, gelangten an die deutsche Öffentlichkeit. Auch die SZ berichtete über die sogenannte Totenkopf-Affäre. Der Fokus der diesbezüglichen Berichterstattung lag auf der Beschädigung des Ansehens der Bundeswehr als verantwortungsvolle Streitkraft innerhalb der deutschen Bevölkerung sowie auf der Vermutung, dass die „martialisch“ (Schwennicke 2006) posierenden Soldaten das Leben ihrer KameradInnen gefährdeten. Dass die posierenden Soldaten durch ihr erniedrigendes Handeln ihre putative Macht und Männlichkeit ausdrücken wollen, scheint klar erkennbar zu sein und ist in der Geschichte der Kriege und Konflikte kein Einzelfall. Dennoch ist der Ausgangspunkt ein anderer: Die Bundeswehr-SoldatInnen wurden von der Bundeswehr selbst, von der Politik und auch von den Medien vor und zu Beginn des Einsatzes nicht als „klassische“ SoldatInnen porträtiert, sondern als humanitär handelnde ZivilistInnen in Uniform (siehe auch Herzog et al. in diesem Band). Demnach ist der Bruch zwischen diesem Bild und den martialisch posierenden KämpferInnen ein größerer als bei SoldatInnen, KriegerInnen oder SöldnerInnen, deren Bild von vornherein als kriegertisch-militärisch konstruiert wird.

Eine vermeintlich friedliche und humanitäre Intervention lässt sich im putativ pazifistischen Deutschland besser präsentieren als ein Krieg, in dem die eigenen Leute sterben und zudem für den Tod anderer, auch Unschuldiger, vor Ort mitverantwortlich sind. Das Kunduz-Bombardement am 4. September 2009 und die Berichterstattung darüber sorgten für eine tendenzielle Rollenverschiebung: Die Bundeswehr und die deutsche Politik werden für die „kindermetzeln-de[n]“ und „desaströse[n] Bombardements“ (Prantl 2009b) verantwortlich gemacht und gleichzeitig der Vertuschung und Beschönigung beschuldigt. „Wenn diesmal verheimlicht oder beschönigt wurde, was war dann in der Vergangenheit los? [...] Welche Unfälle, Gefechte, Angriffe sind wirklich so verlaufen, wie sie geschildert wurden?“ (Fried 2009a) Seit der Kunduz-Affäre wird saubere Kriegsführung in der SZ-Berichterstattung nicht mehr als gültige Legitimation aufgegriffen.

Übernahme von Verantwortung auf Grund Deutschlands weltpolitischer Rolle

<i>Problemdefinition</i>	Deutschlands Außenpolitik ist durch militärische Zurückhaltung geprägt.
<i>Ursachendiagnose</i>	Die historische Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg begründet Deutschlands militärische Zurückhaltung.
<i>Moralische Bewertung</i>	Eine idealistisch orientierte Außenpolitik ist weltfremd, unrealistisch und vernachlässigt Bündnisverpflichtungen.
<i>Lösungsvorschlag</i>	Deutschland muss seine militärische Zurückhaltung aufgeben, um sich als zuverlässiger Bündnispartner und weltpolitisch bedeutender Akteur zu etablieren.

Während der Frame ‚Verantwortung in und für Afghanistan‘ die Legitimität der Afghanistan-Intervention über die stärker ethisch begründete Verantwortung zur Hilfeleistung argumentiert, hebt der Frame ‚Verantwortung aufgrund Deutschlands weltpolitischer Rolle‘ Deutschlands Status als wichtiger weltpolitischer Akteur hervor, der in ein System internationaler Allianzen eingebunden ist.

Er rahmt den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als Nagelprobe für die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik. Aufgrund der deutschen Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg habe sich Deutschlands Außenpolitik nach 1945 vornehmlich durch militärische Zurückhaltung ausgezeichnet. Diese Zurückhaltung sei wohlbegründet gewesen, in der aktuellen weltpolitischen Konstellation jedoch weder angemessen noch realistisch. Deutschland müsse

seine Zurückhaltung überwinden und entsprechend seiner weltpolitischen Rolle außenpolitisch Verantwortung übernehmen.

Dem liegen zwei Argumentationslinien zugrunde, die in der Berichterstattung der SZ als Legitimation für den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan dienen. Die erste Argumentationslinie legitimiert den Afghanistan-Einsatz über Deutschlands Einbettung in internationale Bündnisse und Allianzen. In den ersten Wochen nach dem 11. September 2001 proklamieren die untersuchten Kommentare und Leitartikel eine „Solidarität der Nationen“ (Kornelius 2001a), welche als zutiefst menschliches Verhalten im deutlichen Gegensatz zu dem animalischen Bild steht, das von den Gegnern gezeichnet wird: „Die Wucht der Detonationen sprengte Wolkenkratzer auseinander – Staaten und Gesellschaften trieb sie zusammen. Einig gegen Terror.“ (Ulrich 2001a)

Im deutschen Kontext ist das Bekenntnis zur „uneingeschränkten Solidarität“ (Deutscher Bundestag 2001a: 18293) zentral, die Bundeskanzler Gerhard Schröder bereits einen Tag nach den Anschlägen vom 11. September 2001 proklamierte. Diese Solidaritätserklärung nahm innerhalb weniger Tage institutionalisierte Formen an, als „Anti-Terror-Koalition“⁷ und in der Erklärung des Verteidigungsfalls durch die Nato. In diesem Zusammenhang wird in der SZ die historisch begründete Dankbarkeit Deutschlands gegenüber den West-Alliierten, insbesondere den USA, angeführt, die nach 1945 die deutsche Rückkehr auf die politische Weltbühne erst ermöglicht hätten. Der „Zögling Deutschland“ (Schwenicke 2001a) habe sich dahingehend zur Dankbarkeit verpflichtet, zumal die westlichen Länder auch einer gemeinsamen Wertegemeinschaft (Kornelius 2001e) angehörten: „Gefolgschaft entsteht nicht aus Zwang, sondern aus dem Gefühl heraus, dazuzugehören.“ (Kornelius 2002) Daran anknüpfend wird der Afghanistan-Einsatz als Verantwortung Deutschlands gegenüber internationalen Bündnispartnern wie der NATO oder der „Völkerfamilie“ (Kornelius 2009a) angemahnt. Das „militärisch zur Zurückhaltung sozialisierte Nachkriegs-Deutschland“ (Schwenicke 2001a) versuche im Fall Afghanistan mit großer Anstrengung, Pazifismus mit internationaler Einbindung zu verknüpfen. Pazifistische Orientierungen werden jedoch als „utopisch“ (Kornelius 2001e) und unrealistisch (Prantl 2001a) negativ bewertet. „Wer sich einer multilateralen Politik

7 Der Begriff taucht in fünf Artikeln, die in diese Untersuchung eingeflossen sind, auf. Der älteste der fünf Artikel ist vom 10. Januar 2002. Aus diesem Zeitraum wurden insgesamt 60 Artikel ausgewertet. In jedem 12. dieser Artikel taucht also der Begriff der „Anti-Terror-Koalition“ auf. In weiteren Artikeln finden sich Synonyme wie „Koalition gegen den Terrorismus“ und ähnliches. Nach dem 10. Januar 2002 wird in keinem der untersuchten Artikel mehr von der „Anti-Terror-Koalition“ gesprochen.

verschreibt, wer sich in Bündnissen gut aufgehoben fühlt, der darf es nicht bei warmen Worten belassen.“ (Kornelius 2009a)

In Verbindung mit den außenpolitischen Verpflichtungen Deutschlands wird der Afghanistan-Einsatz zudem mit der Argumentation verknüpft, dass Deutschland sich als bedeutender außenpolitischer Akteur etablieren müsse: „Wer gleich ein Bündnis in Frage stellt (...), der unterschätzt die Zerbrechlichkeit außenpolitischer Systeme. Und er gefährdet ein System, dem das Land seine außenpolitische Gestaltungskraft überhaupt erst verdankt.“ (Kornelius 2001e) So ergibt sich aus historisch bedingter Dankbarkeit und der Zusammengehörigkeit zur gleichen Wertegemeinschaft (Kornelius 2001e) ein Verantwortungsbewusstsein für Deutschland.

Die Textstelle vermittelt zum einen den Eindruck, Deutschland dürfe sich seiner Verantwortung nicht entziehen und begeben sich zum anderen im Falle einer illoyalen Handlung in die Gefahr, ins außenpolitische Abseits zu geraten. Deutschland müsse auf der Grundlage verantwortungsvollen Handelns sein außenpolitisches Profil schärfen: „So zahlt sich dann der deutsche Einsatz aus in weltweiter Anerkennung.“ (Münch 2005) Deutsche Entscheidungen wögen schwer, im gleichen Zuge müsse die einhergehende Verantwortung ernst genommen werden. „Am Hindukusch wie im Nahen Osten, auf dem Balkan wie in Brüssels EU-Betrieb – überall wird Deutschlands Beitrag gebraucht. Und überall erwartet die Welt konkretere Antworten von der Bundesrepublik.“ (Wernicke 2009) Dafür werden Pragmatismus und die Absage an „einen nicht erfüllbaren Idealismus“ (Kornelius 2001j) gefordert. Internationaler Vertrauens- und Machtverlust könnten sonst die Folge sein.

Begründungspflichtigkeit der Außenpolitik

<i>Problemdefinition</i>	Die Regierungsparteien vernachlässigen in Bezug auf den Afghanistan-Einsatz ihre demokratisch gebotene Begründungs- und Rechenschaftspflicht.
<i>Ursachendiagnose</i>	Die Regierungsparteien befürchten, dass sich die Umsetzung ihrer außenpolitischen Linie und der Erhalt der Regierungsmacht nicht vereinbaren lassen.
<i>Moralische Bewertung</i>	Die Vermeidung einer kritischen Auseinandersetzung aus machtpolitischen Erwägungen ist unverschämt, unehrlich und undemokratisch. Kritische Hinterfragung ist vernünftig und demokratisch angemessen.
<i>Lösungsvorschlag</i>	Die Regierung muss die Öffentlichkeit in einer offen und sachbezogen geführten Debatte von der deutschen Beteiligung in Afghanistan überzeugen. Ist dies nicht möglich, müssen die demokratisch gebotenen Konsequenzen gezogen werden.

In den Jahren 2001 und 2009 wird verstärkt das Spannungsverhältnis zwischen der Unpopularität des deutschen Einsatzes und der außenpolitischen Linie thematisiert. Unter Rückgriff auf die demokratietheoretische Logik, dass legitime politische Herrschaft im Allgemeinen und politische Entscheidungen im Besonderen begründungspflichtig und zustimmungsabhängig sind, wird die deutsche Beteiligung in Afghanistan als Output demokratischer Außenpolitik gerahmt. Ihre Legitimität ist von der Einhaltung informeller demokratischer Praktiken abhängig, die in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland etabliert sind.

In den ersten Monaten nach Beginn der OEF wird die Schwierigkeit der Regierung angesprochen, sich stabile Unterstützung für eine deutsche Beteiligung in Afghanistan zu sichern (Fried 2001b, 2001c; Kornelius 2001e; Schwennicke 2001b; Kilz 2001). Die Skepsis an der Basis und in den Fraktionen der Regierungsparteien stelle die Regierung auf die „Popularitätsprobe“ (Ulrich 2001b). Die Regierung begegne kritischen Stimmen jedoch nicht mit der Begründung der eigenen Position in einer offenen Auseinandersetzung, sondern mit Delegitimierung (Fried 2001b) und Unterdrückung von Kritik:

„Jegliche Kritik am Krieg und der Kriegsführung (...) wird behandelt, als handele es sich um Widerstand gegen die Staatsgewalt. Man könnte den Eindruck haben, als habe das erste Sicherheitspaket (...) auch die Gedankenpolizei eingeführt.“ (Prantl 2001a)

Die Formulierung von Kritik als Widerstand gegen die Staatsgewalt stellt den Umgang der Regierung in die Nähe der Praxis autoritärer Regime; mit dem Vorwurf der Gedankenpolizei wird das Bild eines totalitären Überwachungsstaats, wie George Orwell ihn in seinem dystopischen Roman *1984* entwirft, aufgerufen (Orwell 1981). Der Umgang der Regierung wird hier demnach als undemokratisch und tendenziell repressiv gewertet. Demgegenüber werden Kritik und Zweifel als vernünftig, „richtig“ (Prantl 2001a) und angemessen hervorgehoben. Auch im Kontext der Bundestagsabstimmung über die Entsendung der Bundeswehr wird das Regierungshandeln negativ und demokratischer Praxis nicht angemessen gerahmt. Die Regierung baue mittels machtpolitischer Mittel Zustimmungsdruk auf, statt inhaltlich zu begründen und zu überzeugen (Fried 2001b; Kilz 2001; Prantl 2001c). Bundeskanzler Gerhard Schröder habe die innenpolitische Machtkonstellation instrumentalisiert, indem er die Abstimmung über die Entsendung an die Vertrauensfrage geknüpft habe. Das Vorgehen der Regierung wird als „machtpolitisches Muskelspiel“ (Kilz 2001) und „Chuzpe, die atemberaubend ist“ (Schwenicke 2001d), negativ gewertet. Als Ursache wird wiederholt der Willen der Regierung diagnostiziert, die außenpolitische Linie durchzusetzen, ohne dabei den Verlust der Regierungsmacht zu riskieren (Fried 2001c; Prantl 2001c; Schwenicke 2001d).

„Koalitionsbruch? Kanzler Schröder am Ende? I wo! (...) Trägt die SPD-Fraktion maßgeblich zur Schlappe bei, müsste der Kanzler eigentlich Konsequenzen ziehen. Aber dazu regiert Gerhard Schröder wahrscheinlich einfach zu gern.“ (Schwenicke 2001d)

Die ironischen rhetorischen Fragen und die Schlussfolgerung, Gerhard Schröder regierte einfach zu gerne, legen nahe, dass dem Handeln der Regierung letztlich keine begründete inhaltliche Position, sondern reines Machtkalkül zu Grunde liegen. Die Regierung umgehe somit etablierte Praktiken bundesdeutscher Demokratie, indem sie bei einer der „weitreichendsten“ (Schwenicke 2001d) Beschlüsse, die der Bundestag je gefasst habe, so tue, „als könne man darüber hinwegregieren, dass man den Beschluss nicht aus eigener Kraft zu Stande bringt.“ (Schwenicke 2001d)

Im Kontext des Bundestagswahlkampfes und der Kunduz-Affäre Ende 2009 wird der Frame im SZ-Meinungsteil wieder aktualisiert. Als Problem wird eine sträfliche Vernachlässigung der Rechenschaftspflicht sowohl in den vorangegangenen Jahren als auch gegenwärtig definiert: „Im Moment fällt jenes Lügengebäude in sich zusammen, das seit Beginn des Afghanistan-Engagements im Jahr 2001 errichtet worden war“ (Kornelius 2009g; vgl. auch Fried 2009b, 2009d; Prantl 2009b).

Als Ursache wird einerseits der „Selbstbetrug“ der Regierung (Kornelius 2009c, 2009g) genannt, der in dem Glauben bestanden habe, die deutsche Beteiligung in Afghanistan ließe sich trotz des faktischen Kriegszustandes im Land als ‚sauberer‘ Demokratisierungs- und Aufbaueinsatz führen (Kornelius 2009b; Prantl 2009a). Demnach sei Wunschdenken statt realistischer Einschätzung handlungsleitend gewesen. Des Weiteren werden wiederum machtpolitische Erwägungen festgestellt (Fried 2009a; Prantl 2009a). Aus wahlkampfaktischen Gründen wolle man aktuell eine Diskussion über den Einsatz vermeiden, obwohl durch die Kunduz-Affäre klar geworden sei, dass ein offener Umgang mit dem Einsatz nötig wäre:

„In Deutschland wollte die große Koalition den Einsatz aus dem Wahlkampf heraushalten, so wie sie über Jahre diese wichtigste Militärmission des Landes keiner breiten öffentlichen Debatte unterworfen hat.“ (Kornelius 2009b)

Das Verhalten der Regierung wird vielfach scharf verurteilt, indem wiederholt von „Lügen“ (Fried 2009a; Kornelius 2009g) und „Vernebelung“ (Kornelius 2009g; Prantl 2009a) gesprochen wird und Feigheit und Unehrllichkeit impliziert werden (Fried 2009b, 2009a; Kornelius 2009g; Prantl 2009a). Eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit wird nahegelegt. Dem wird der Lösungsvorschlag entgegen gestellt, dass die Debatte um eine deutsche Beteiligung in Afghanistan sachbezogen und kritisch geführt werden müsse (Drobinski 2010; Fried 2001b, 2009a, 2009d; Kornelius 2009b; Koydl 2009; Prantl 2001a): „Aussprechen heilt, sagt Sigmund Freud.“ (Prantl 2009a) Zustimmung müsse durch Überzeugen erreicht werden. Ist sie auf diesem Wege nicht zu gewinnen, müssen die demokratisch gebotenen Konsequenzen gezogen werden, auch wenn sie gegebenenfalls den Verlust der Regierungsmacht oder die Entscheidung gegen eine deutsche Beteiligung bedeuten können (Fried 2001b; Prantl 2001a, 2001c; Schwenicke 2001d).

3 FAZIT

Die dargestellten Frames betonen jeweils unterschiedliche Aspekte des Afghanistan-Einsatzes, um seine Legitimität zu begründen. Sie nehmen dabei nicht nur eine Interpretation der Intervention vor, sondern kreieren auch ein Bild von Deutschland. Was also lässt sich aus den Framings für das deutsche Selbstbild schließen?

Die Annahme der deutschen Intervenierenden als rational erweist sich in allen Frames als unabdingbar für die Legitimität des Einsatzes. In den Frames *Krieg gegen den Terror – Verteidigung des Westens*, *Verantwortung in und für Afghanistan*, *Sauberer Krieg* und *Verantwortung aufgrund Deutschlands weltpolitischer Rolle* wird die Rationalität wirkmächtig über die Repräsentation der Intervenierten als irrational und tendenziell primitiv konstruiert. In den drei erstgenannten Frames erfolgt dies vor allem unter Rückgriff auf Feindbilder, über die der Gegner als gewaltbereit dargestellt wird.

Im Frame *Verantwortung in und für Afghanistan* steht dagegen die afghanische Bevölkerung im Fokus, deren Irrationalität sich in Hilfsbedürftigkeit und Unselbständigkeit ausdrückt.

Im Frame *Begründungspflichtigkeit der Außenpolitik* und zu Teilen auch im Frame *Sauberer Krieg* dagegen werden Rationalität und Irrationalität innerhalb der Gruppe der Intervenierenden, der deutschen Politik und Gesellschaft, diskutiert. Im Frame *Begründungspflichtigkeit* wird der Umgang der Regierenden mit Kritik und durch Machtkalkül geleitetes Handeln als unvernünftig bewertet.

Im Frame *Sauberer Krieg* wird die Annahme der rational und ethisch agierenden Bundeswehr im Kontext der Totenkopf-Affäre herausgefordert. Im Gegensatz zur Irrationalität der Intervenierten wird das irrationale Verhalten innerhalb der Ingroup jedoch in beiden Frames nicht als repräsentativ für die Intervenierenden gerahmt. Die Totenkopf-Affäre wird als Ausdruck individuellen Fehlverhaltens gedeutet, welches das Ansehen der eigentlich sauberen und verantwortungsvollen Bundeswehr beschädigt. Das durch Machtkalkül geleitete Handeln der Politik steht im Gegensatz zu etablierten Regeln der demokratischen Gesellschaft. Irrationales Verhalten von Mitgliedern der Ingroup leitet somit keine Überprüfung des rationalen Selbstverständnisses ein, sondern wird als Ausnahmefall gedeutet.

Darauf aufbauend ordnen alle Frames Deutschland der westlichen Welt zu, die durch liberal-aufklärerische Werte gekennzeichnet ist. Während die Frames *Verteidigung des Westens – Krieg gegen den Terror* und *Sauberer Krieg* eher kulturalistisch argumentieren, wird in den Frames *Verantwortung in und für Afghanistan* und *Verantwortung aufgrund Deutschlands weltpolitischer Rolle* ein Wandel in der Deutung von Deutschlands Status und Rolle in der internationalen Gemeinschaft deutlich.

Beide Framings grenzen sich von einer historisch bedingten militärischen Zurückhaltung Deutschlands ab. Der Frame *Verantwortung in und für Afghanistan* begründet den Einsatz mit einer ethisch gebotenen Verantwortung zur Hilfeleistung. Er porträtiert die Bundeswehr als Armee der zivilen AufbauhelferInnen, die nicht in Kampfeinsätze verstrickt ist. Auf diese Weise wird das Bild eines mi-

litärisch aktiven, aber dennoch nicht kriegerischen Deutschlands entworfen, dessen Engagement guten Gewissens unterstützt werden kann. Deutsches Militär steht nicht mehr, wie historisch überliefert, für Aggression und Bedrohung, sondern verkörpert im Gegenteil Hilfe, Aufbau und Friedenssicherung. Die Rolle des Aggressors wird nun anderen zugeschrieben.

Im Frame *Verantwortung aufgrund Deutschlands weltpolitischer Rolle* wird Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in internationalen Bündnissen und Allianzen beschrieben. Auch hier wird ein Bruch mit der historischen Rolle Deutschlands deutlich: Die deutschen Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern liegen nicht mehr darin, die Waffen ruhen zu lassen, sondern darin, sie für die Gemeinschaft einzusetzen. Die Afghanistan-Intervention scheint die Chance zu bieten, die Rolle des Stiefkinds der West-Alliierten hinter sich zu lassen und deutsche Interessen in der Außenpolitik selbstbewusst zu vertreten.

LITERATUR

- Abenstein, Reiner. 2007. *Griechische Mythologie*. Paderborn, München u.a.: Schöningh.
- Arte France. 2005. *Mit offenen Karten - Eine Neue Form Des Krieges*. Arte France.
- Bonacker, Thorsten. 2008. „Interventionskultur und die Struktur der Weltgesellschaft. Neue Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung“. In *Reader der Fachtagung. Folgekonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen*, hrsg. v. Arbeitsstelle Interventionskultur, Universität Oldenburg, S. 4-8. Oldenburg: BIS Verlag.
- Bonacker, Thorsten; Daxner, Michael; Free, Jan H. u. a., Hrsg. 2010. *Interventionskultur: zur Soziologie von Interventionengesellschaften*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Die Bundesregierung. 2010. *Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz*. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/343832/publicationFile/3752/100128-StrategiePapier.pdf> (aufgerufen am 20. August 2012)
- Claussen, Bernhart. 1990. „Politische Sozialisation durch Massenmedien und die Vermittlung über fremde Völker, Gesellschaften und Nationen“. In *Medien, Sozialisation und Unterricht*, hrsg. v. Dieter Schmidt-Sinns. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- D'Angelo, Paul. 2002. „News Framing as a Multiparadigmatic Research Program: A Response to Entman“. In *Journal of Communication*. 52(4), S. 870–888.

- D'Angelo, Paul; Kuypers, Jim A, Hrsg. 2010. *Doing News Framing Analysis: Empirical and Theoretical Perspectives*. New York: Routledge.
- Daxner, Michael. 2010. „Das Konzept von Interventionskultur als Bestandteil einer gesellschaftsorientierten Praxis“. In *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*, hrsg. v. Thorsten Bonacker et al., S. 75-100. Wiesbaden: VS Verlag.
- Daxner, Michael. 2008a. *Der Heimatdiskurs*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Daxner, Michael. 2008b. „Die Interventionsgesellschaft in der Interventionspraxis“. In *Reader der Fachtagung. Folgekonflikte nach militär-gestützten humanitären Interventionen*, hrsg. v. Arbeitsstelle Interventionskultur, Universität Oldenburg, S. 9-15. Oldenburg: BIS Verlag.
- Daxner, Michael; Free, Jan H.; Bonacker, Thorsten; u. a. 2010. „Einleitung“. In *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*, hrsg. v. Thorsten Bonacker et al., S. 7-17. Wiesbaden: VS Verlag.
- Deutscher Bundestag. 2001. „Stenographischer Bericht. 186. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 12. September 2001. Plenarprotokoll 14/186.
- Dijk, Teun Adrianus van. 1997. *Discourse as structure and process*. London [u.a.]: Sage Publ.
- Entman, Robert M. 1993. „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“. In *Journal of Communication*. 43(4), S. 51–58.
- Flick, Uwe, Hrsg. 1995. *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. Weinheim: Beltz.
- Habermas, Jürgen. 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, Hermann. 1970. *Staatslehre*. Leiden: Sijthoff.
- Hertog, J.K. und McLeod, D.M. 2001. „A multiperspectival approach to framing analysis: A field guide.“ In *Framing public life: Perspectives on media and our understanding of the social world*, hrsg. v. Reese, Stephen D. et al., S. 139-162. Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Kassel, Susanne. 2004. „Krieg im Namen der Frauenrechte? Der Beitrag der Medien zur Konstruktion einer Legitimationsfigur“. In *Demokratien im Krieg*, hrsg. v. Christine Schweitzer et al., S. 161-179. Baden-Baden: Nomos.
- Kassel, Susanne; Klaus, Elisabeth. 2008. „Frauenrechte als Kriegslegitimation in den Medien“. In *Medien - Politik - Geschlecht: Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung*, hrsg. v. Johanna Dorer et al., S. 266-280. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften.

- Kerchner, Brigitte. 2006. „Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick“. In *Foucault: Diskursanalyse der Politik: eine Einführung*, hrsg. v. Kerchner, Brigitte, S. 33-67. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Kirchhoff, Susanne. 2010. *Krieg mit Metaphern : Mediendiskurse über 9/11 und den „war on terror“*. Bielefeld: transcript.
- Küpeli, Ismail. 2007. „Die neuen Kriege - einige Anmerkungen zu Kriegslegitimationen des 21. Jahrhunderts“. In *Europas „Neue Kriege“: Legitimierung von Staat und Krieg*, hrsg. v. Ismail Küpeli, S. 7–25. Berlin: Hinrichs, Norbert.
- Matern, Tobias. 2009. „Karsais schöne Worte“. *Süddeutsche Zeitung*. 20.11.2009.
- Maurer, Torsten; Vogelsang, Jens; Weiß, Moritz; u. a. 2008. „Aktive oder passive Berichterstatter? Die Rolle der Massenmedien während des Kosovo-, Afghanistan- und Irakkriegs“. In *Massenmedien als politische Akteure: Konzepte und Analysen*, hrsg. v. Pfetsch, Barbara und Adam, Silke, S. 144-167. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mayring, Philipp. 2010. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim [u.a.]: Beltz.
- Meder, Gerhard. 1998. „Zur Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr in den deutschen Printmedien“. In *Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien*, hrsg. v. Wilhelm Kempf und Irena Schmidt-Regener, S. 201-210. Münster: LiT.
- Münkler, Herfried. 2006. *Der Wandel des Krieges - Von der Symmetrie zur Asymmetrie*. Weilerswist: Velbrück.
- Nachtigall, Andrea. 2010. „*Embedded Feminism*“ *Frauen(rechte) als Legitimation für militärische Intervention in den Medien - Variationen und Veränderungen einer Legitimationsfigur*. <http://www.gwi-boell.de/web/gewalt-konflikt-nachtigall-embedded-feminism-legitimation-medien-3421.html> (aufgerufen am 20.06. 2012).
- Orwell, George. 1981. 1984. Berlin [u.a.]: Ullstein.
- Pohr, Adrian. 2005. „Indexing im Einsatz“. In *M&K - Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung*. 2-3/2005, S. 261–276.
- Reese, Stephen D.; Gandy, Oscar H. und Grant, August E., Hrsg. 2001. *Framing public life. Perspectives on media and our understanding of the social world*. Mahwah, NJ: Erlbaum.

- Reese, Stephen D. 2010. „Finding Frames in a Web of Culture - The Case of War on Terror“. In *Doing News Framing Analysis: Empirical and Theoretical Perspectives*, hrsg. v. D'Angelo, Paul und Kuypers, S. 17–42. New York: Routledge.
- Scheufele, Bertram. 2003. *Frames - Framing - Framing-Effekte: theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Schrader, Toralf. 2006. *Kommentar und Leitartikel im Ressort „Politik“ der Zeitung*. Norderstedt Deutschland: GRIN Verlag.
- Schwab-Trapp, Michael. 2002. *Krieg-Diskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel. 1991-1999*. Opladen: Leske + Budrich.
- Weischenberg, Siegfried; Malik, Maja; Scholl, Armin. 2006. „Journalismus in Deutschland 2005“. In *Media Perspektiven*. 7/2006, S. 346–361.
- Weiss, Peter. 1975. *Die Ästhetik des Widerstands. Band 1*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Weiss, Peter. 1978. *Die Ästhetik des Widerstands. Band 2*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Weiss, Peter. 1981. *Die Ästhetik des Widerstands. Band 3*. Frankfurt: Suhrkamp.

PRIMÄRQUELLENVERZEICHNIS

- Avenarius, Tomas. 2001a. „Afghanische Alternativen“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.10.2001.
- Avenarius, Tomas. 2001b. „Triumph der Parias aus Kabul“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.9.2001, S. 4.
- Avenarius, Tomas. 2002a. „Afghanistans Aufbau“. *Süddeutsche Zeitung*. 3.12.2002.
- Avenarius, Tomas. 2002b. „Karsais bittere Klagen“. *Süddeutsche Zeitung*. 13.2.2002.
- Avenarius, Tomas. 2006. „Bagdad und Hindukusch“. *Süddeutsche Zeitung*. 24.10.2006.
- Avenarius, Tomas. 2010a. „Afghanische Realitäten“. *Süddeutsche Zeitung*. 18.1.2010.
- Avenarius, Tomas. 2010b. „Ein Islam für die Zukunft“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.1.2010.
- Bänziger, Andreas. 2001. „Das Bombenrisiko“. *Süddeutsche Zeitung*. 5.11.2001.
- Blechschmidt, Peter. 2005. „Friedensarbeit im Krieg“. *Süddeutsche Zeitung*. 14.9.2005.
- Blechschmidt, Peter. 2006. „Mitten in der Gesellschaft“. *Süddeutsche Zeitung*. 25.10.2006.

- Blechs Schmidt, Peter. 2007. „Verantwortung wagen“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.10.2007.
- Blechs Schmidt, Peter. 2010. „Erhöhtes Risiko“. *Süddeutsche Zeitung*. 26.1.2010.
- Bork, Henrik. 2002. „Tokioter Füllhorn“. *Süddeutsche Zeitung*. 22.1.2002.
- Brössler, Daniel. 2008. „Angriffsfläche verringern“. *Süddeutsche Zeitung*. 6.10.2008.
- Chimelli, Rudolph. 2001. „Seiltanz zwischen den Welten“. *Süddeutsche Zeitung*. 27.9.2001.
- Chimelli, Rudolph. 2002. „Der gekränkte Islam“. *Süddeutsche Zeitung*. 28.12.2002.
- Drobinski, Matthias. 2010. „Reden über den Krieg“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.1.2010.
- Fried, Nico. 2001a. „Alte Konflikte bei den Grünen“. *Süddeutsche Zeitung*. 5.11.2001.
- Fried, Nico. 2001b. „Demokratie von der Kanzel“. *Süddeutsche Zeitung*. 2.11.2001.
- Fried, Nico. 2001c. „Ein Ja wie ein leises Nein“. *Süddeutsche Zeitung*. 23.11.2001.
- Fried, Nico. 2001d. „Fischers gefährliche Option“. *Süddeutsche Zeitung*. 22.10.2001.
- Fried, Nico. 2008. „Minister Franz Josef Sprachlos“. *Süddeutsche Zeitung*. 22.10.2008.
- Fried, Nico. 2009a. „Die Lügen des Kriegs“. *Süddeutsche Zeitung*. 27.11.2009.
- Fried, Nico. 2009b. „Ein unehrliches Mandat“. *Süddeutsche Zeitung*. 26.11.2009.
- Fried, Nico. 2009c. „Es ging ums Töten“. *Süddeutsche Zeitung*. 11.12.2009.
- Fried, Nico. 2009d. „Wie viel Töten ist erlaubt?“. *Süddeutsche Zeitung*. 19.12.2009.
- Käppner, Joachim. 2003. „Irgendwo in Afrika“. *Süddeutsche Zeitung*. 21.6.2003.
- Kilz, Hans Werner. 2001. „Kanzler des Vertrauens“. *Süddeutsche Zeitung*. 14.11.2001.
- Kister, Kurt. 2001. „Feldzug ohne Bundeswehr“. *Süddeutsche Zeitung*. 2.10.2001.
- Klüver, Reymer. 2003. „Marschbefehl mit Hintersinn“. *Süddeutsche Zeitung*. 25.10.2003.
- Klüver, Reymer. 2004. „Missionen mit Mut“. *Süddeutsche Zeitung*. 23.9.2004.
- Kornelius, Stefan. 2001a. „Amerikas Antwort“. *Süddeutsche Zeitung*. 13.9.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001b. „Bin Ladens Krieg“. *Süddeutsche Zeitung*. 9.10.2001.

- Kornelius, Stefan. 2001c. „Bündnisse und Beweise“. *Süddeutsche Zeitung*. 4.10.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001d. „Bushs Versprechen“. *Süddeutsche Zeitung*. 22.9.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001e. „Die Kunst des Möglichen“. *Süddeutsche Zeitung*. 20.11.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001f. „Einsam in Kabul“. *Süddeutsche Zeitung*. 25.9.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001g. „Einsatz ins Bodenlose“. *Süddeutsche Zeitung*. 31.10.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001h. „Krieg führen und Frieden schaffen“. *Süddeutsche Zeitung*. 6.10.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001i. „Krieg und Frieden in Berlin“. *Süddeutsche Zeitung*. 21.11.2001, S. 4.
- Kornelius, Stefan. 2001j. „Mythen des Krieges“. *Süddeutsche Zeitung*. 20.10.2001.
- Kornelius, Stefan. 2001k. „Nächste Phase: Politik“. *Süddeutsche Zeitung*. 7.12.2001.
- Kornelius, Stefan. 2002. „Nato in Not“. *Süddeutsche Zeitung*. 2.2.2002.
- Kornelius, Stefan. 2008. „Zu viel des Guten“. *Süddeutsche Zeitung*. 27.12.2008.
- Kornelius, Stefan. 2009a. „Deutschland von außen“. *Süddeutsche Zeitung*. 1.10.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009b. „Die afghanische Zäsur“. *Süddeutsche Zeitung*. 7.9.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009c. „Ein Mandat zum Fürchten“. *Süddeutsche Zeitung*. 2.12.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009d. „Ein Preis als Bürde“. *Süddeutsche Zeitung*. 10.10.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009e. „Karsais Wahl“. *Süddeutsche Zeitung*. 20.10.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009f. „Obamas Fahnenappell“. *Süddeutsche Zeitung*. 3.12.2009.
- Kornelius, Stefan. 2009g. „Terrain der Lügen“. *Süddeutsche Zeitung*. 14.12.2009.
- Kornelius, Stefan. 2010a. „Die Londoner Krücke“. *Süddeutsche Zeitung*. 28.1.2010.
- Kornelius, Stefan. 2010b. „Termindruck in Afghanistan“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.1.2010.
- Kornelius, Stefan. 2011. „Wie Kriegsangst entsteht“. *Süddeutsche Zeitung*. 2.10.2011.

- Koydl, Wolfgang. 2001. „Der Knoten der Geschichte“. *Süddeutsche Zeitung*. 15.11.2001.
- Koydl, Wolfgang. 2009. „Afghanische Wahrheiten“. *Süddeutsche Zeitung*. 7.11.2009.
- Lepenes, Wolf. 2001a. „Das Ende der Hegemonie“. *Süddeutsche Zeitung*. 10.10.2001.
- Lepenes, Wolf. 2001b. „Rückkehr von Krieg und Glauben“. *Süddeutsche Zeitung*. 27.10.2001.
- Münch, Peter. 2001a. „Afghanistans K-Fragen“. *Süddeutsche Zeitung*. 6.12.2001.
- Münch, Peter. 2001b. „Angriff zur Verteidigung“. *Süddeutsche Zeitung*. 8.10.2001.
- Münch, Peter. 2001c. „Der Feind im Fadenkreuz“. *Süddeutsche Zeitung*. 15.9.2001.
- Münch, Peter. 2001d. „Der tödliche Irrtum - unvermeidbar“. *Süddeutsche Zeitung*. 15.10.2001.
- Münch, Peter. 2001e. „Die ungleichen Brüder“. *Süddeutsche Zeitung*. 18.10.2001.
- Münch, Peter. 2001f. „Ein guter Anfang für Afghanistan“. *Süddeutsche Zeitung*. 24.12.2001.
- Münch, Peter. 2001g. „Kabuler Chaos-Theorien“. *Süddeutsche Zeitung*. 21.11.2001.
- Münch, Peter. 2001h. „Kein Königsweg nach Kabul“. *Süddeutsche Zeitung*. 14.11.2001.
- Münch, Peter. 2001i. „Kleine Münzen für Kabul“. *Süddeutsche Zeitung*. 22.12.2001.
- Münch, Peter. 2001j. „Steinzeit versus Mikrochip“. *Süddeutsche Zeitung*. 20.9.2001.
- Münch, Peter. 2002a. „Afghanistans Aufbruch“. *Süddeutsche Zeitung*. 10.6.2002.
- Münch, Peter. 2002b. „Arbeit für Amerika“. *Süddeutsche Zeitung*. 16.1.2002.
- Münch, Peter. 2003. „Afghanische Ausflüchte“. *Süddeutsche Zeitung*. 1.10.2003.
- Münch, Peter. 2004a. „Staaten aus dem Baukasten“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.10.2004.
- Münch, Peter. 2004b. „Strucks Deckung hinterm Hindukusch“. *Süddeutsche Zeitung*. 14.10.2004.
- Münch, Peter. 2004c. „Todeszeichen der Taliban“. *Süddeutsche Zeitung*. 25.10.2004.

- Münch, Peter. 2005. „Heldensaga am Hindukusch“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.9.2005.
- Münch, Peter. 2006a. „Optionen für Afghanistan“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.9.2006.
- Münch, Peter. 2006b. „Wenn drei sich streiten“. *Süddeutsche Zeitung*. 28.9.2006.
- Nienhuysen, Peter. 2006. „Zu Gast bei Despoten“. *Süddeutsche Zeitung*. 4.11.2006.
- Oldag, Andreas. 2003. „UN kapituliert am Hindukusch“. *Süddeutsche Zeitung*. 27.10.2003.
- Prantl, Heribert. 2001a. „Angst vor der Angst“. *Süddeutsche Zeitung*. 17.10.2001.
- Prantl, Heribert. 2001b. „Das Sichere ist nicht sicher“. *Süddeutsche Zeitung*. 11.10.2001.
- Prantl, Heribert. 2001c. „Der Ernstfall“. *Süddeutsche Zeitung*. 8.11.2001.
- Prantl, Heribert. 2001d. „Die Gewalt der Frommen“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.12.2001.
- Prantl, Heribert. 2009a. „Krieg und Wahlkampf“. *Süddeutsche Zeitung*. 8.9.2009.
- Prantl, Heribert. 2009b. „’s ist Krieg“. *Süddeutsche Zeitung*. 28.11.2009.
- Richter, Nicolas. 2008. „Regime der Banditen“. *Süddeutsche Zeitung*. 19.11.2008.
- Schwennicke, Christoph. 2001a. „Abenteuer Afghanistan“. *Süddeutsche Zeitung*. 7.11.2001.
- Schwennicke, Christoph. 2001b. „Der Kanzler und der General“. *Süddeutsche Zeitung*. 29.10.2001.
- Schwennicke, Christoph. 2001c. „Friedensmission ohne Führung“. *Süddeutsche Zeitung*. 18.12.2001.
- Schwennicke, Christoph. 2001d. „Schröders Vertrauensfrage“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.11.2001.
- Schwennicke, Christoph. 2002. „Posieren fürs rot-grüne Familienalbum“. *Süddeutsche Zeitung*. 12.6.2002.
- Schwennicke, Christoph. 2006. „Die Schuld bleibt“. *Süddeutsche Zeitung*. 8.12.2006.
- Ulrich, Stefan. 2001a. „Die wehrhafte Demokratie“. *Süddeutsche Zeitung*. 19.9.2001.
- Ulrich, Stefan. 2001b. „Nackt nach Kabul“. *Süddeutsche Zeitung*. 21.12.2001, S. 4.

- Wernicke, Christian. 2009. „Eine deutsche Rede“. *Süddeutsche Zeitung*. 4.11.2009.
- Winter, Martin. 2006a. „Dolchstoß Afghanistan“. *Süddeutsche Zeitung*. 21.11.2006.
- Winter, Martin. 2006b. „Nato auf gefährlichem Gelände“. *Süddeutsche Zeitung*. 6.10.2006.
- Winter, Martin (2007. „Die Illusionen der Nato“. *Süddeutsche Zeitung*. 26.10.2007.